

Der Krieg gegen den Iran: Ein Wendepunkt für Teheran und die internationale Ordnung

Inwiefern verändert dieser Krieg die Islamische Republik, deckt die Doppelmoral der internationalen Ordnung auf und verdeutlicht zivilisatorische Konflikte?

Von Patrick Ringgenberg

30.3.2026

<https://forumgeopolitica.com/de/artikel/der-krieg-gegen-den-iran-ein-wendepunkt-fr-teheran-und-die-internationale-ordnung>

Einleitung – Die aktuelle Lage und die Dynamik des Krieges

Während der Krieg noch tobt, haben die letzten Wochen nach und nach die Elemente der iranischen Strategie offenbart, die sich irgendwo zwischen einem totalen Krieg, proaktiver Verteidigung und einer schrittweisen Reaktion bewegt. Da sie die Kontrolle über ihr eigenes Territorium und den Zeitplan haben, verknüpfen die Iraner militärische, wirtschaftliche und politische Ziele miteinander und setzen dabei auf eine stufenweise Strategie und vielschichtige Reaktionsmöglichkeiten: Sie wollen Israel und der US-Präsenz im Nahen Osten abschreckenden Schaden zufügen; sie wollen eine Kette wirtschaftlicher Druckmittel nach dem Matroschka-Prinzip und mit Dominoeffekt schaffen, um die Vereinigten Staaten, ein weitgehend den USA unterwürfiges Europa, die Ölmonarchien am Golf und letztlich den gesamten Planeten zu beeinflussen, mit dem Ziel, einen Zusammenfluss von Druck auf die Brandstifter des Nahen Ostens zu provozieren; die israelische Gesellschaft zu erschöpfen oder gar zu spalten und sie möglicherweise gegen die Politik ihrer Regierung aufzubringen; eine politische Krise in den Vereinigten Staaten zu provozieren, die unweigerlich entstehen wird, wenn jenseits steigender Treibstoffpreise die wahren Kosten des Krieges – vom Ausmaß der Zerstörung bis zur tatsächlichen Zahl der Toten und Verwundeten – unter dem Deckmantel der Kriegspropaganda und der Medienzensur zum Vorschein kommen. An mehreren Fronten, mit unterschiedlichen Zeitplänen – der wirtschaftliche Erstickung der Golfstaaten, Israels zunehmend unerträglicher Verwundbarkeit, amerikanischen Opfern oder der Verschlechterung der Weltwirtschaft – versucht der Iran, Wendepunkte zu schaffen, die es ihm ermöglichen, den Krieg zu seinen eigenen Bedingungen zu beenden.

Für die Iraner stellt der iranische Widerstand einen ersten Sieg dar: Eine Regionalmacht tritt der weltweit führenden Macht entgegen, nutzt dabei alle Aspekte der asymmetrischen Kriegsführung, macht sich ihr

geostrategisches Umfeld und die globale Vernetzung des Handels voll zunutze und beherrscht die verschiedenen politischen, geopolitischen, wirtschaftlichen und psychologischen Zeitachsen. Zwar erleidet der Iran Zerstörungen, und seine Wirtschaft wird unweigerlich geschwächt werden, doch weiß der Iran bereits, dass seine Abschreckungsfähigkeit wirksam ist und dies auch bleiben wird: Seine zentrale geografische Lage und seine natürlichen Ressourcen werden unverändert bleiben; die Relevanz seiner Strategie sowie seine technologischen Fähigkeiten werden ebenfalls bestehen bleiben und sich weiterentwickeln und anpassen; und obwohl der Iran keine Atomwaffen entwickelt hat, zwingen ihn die Ereignisse fast zwangsläufig dazu, über nuklearen Schutz nachzudenken, sei es durch die eigene Herstellung solcher Waffen, durch den Erwerb von einem anderen Land oder durch die Einbindung unter den nuklearen Schutzschirm einer verbündeten Nation.

Wie und auf welche Weise man sich aus diesem Krieg befreien kann, bleibt derzeit ungewiss, auch wenn der Iran im Idealfall beabsichtigt, seine Maßnahmen fortzusetzen, bis seine Gegner in irgendeiner Form (sei es auch nur versteckt) nachgeben oder kapitulieren. Er verfügt bereits über die Mittel, um Druck hinsichtlich seiner Forderungen nach Zugeständnissen auszuüben: eine dauerhafte Nichtangriffsgarantie seitens der Vereinigten Staaten und Israels, auch wenn die Vergeltungsmaßnahmen des Iran an sich schon als Abschreckung gegen künftige Angriffe dienen könnten; die Zahlung von Reparationen für Kriegsschäden, auch wenn der Iran das, was ihm zweifellos verweigert werden wird, durch Steuern auf die Straße von Hormus, seine Öl- und Gasexporte sowie neue Handelsregeln mit seinen Partnern und Nachbarn sichern kann; Aufhebung der seit Jahrzehnten von den Vereinigten Staaten verhängten Sanktionen, obwohl der Iran wahrscheinlich nicht auf eine (vielleicht hypothetische und in jedem Fall komplizierte) Aufhebung der Sanktionen warten wird, um sein wirtschaftliches Ökosystem anzupassen; das Recht auf nukleare Anreicherung im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrags, vorausgesetzt, der Iran fühlt sich weiterhin verpflichtet, einen Vertrag einzuhalten, der Beschränkungen auferlegt, ohne Vorteile zu bieten, und mit einer Organisation – der IAEO – zusammenzuarbeiten, deren Rolle sich als zweideutig erwiesen hat.

In vielerlei Hinsicht wird der Iran so oder so als Sieger hervorgehen. Durch die Bombardierung von US-Stützpunkten im Persischen Golf und im Irak will er die Amerikaner aus der Region vertreiben: Entweder beschließen die Vereinigten Staaten einen dauerhaften Rückzug, was es dem Iran ermöglichen würde, ein neues Kräfteverhältnis mit den Königreichen oder Staaten der Region herzustellen; oder die USA behalten ihre Präsenz bei, die, in welcher Form auch immer, unweigerlich verwundbar sein wird und jedes Gebiet, in dem diese Präsenz besteht, ebenfalls verwundbar macht. Auf See wie auch von der Küste aus wird die Straße von Hormus unter der militärischen Kontrolle des Iran bleiben und somit ein strategischer Trumpf, ein wirtschaftlicher Hebel und der Friedhof jeder Streitmacht bleiben, die versucht, eine vom Iran verhängte Blockade zu durchbrechen. Was die Golfstaaten betrifft, die in den letzten Jahrzehnten dank

der Marginalisierung eines unter Wirtschaftssanktionen stehenden Irans reich geworden und sich entwickelt haben, so haben sie ihre strukturelle Fragilität erkannt: So weit entfernt von den Vereinigten Staaten, so nah am Iran, sind sie einem geostrategischen Paradigma ausgeliefert, in dem Israel, ein westlich orientiertes Land, alle westlichen Prioritäten monopolisiert.

Israel und die Vereinigten Staaten glaubten, sie könnten ein „islamistisches Regime“ stürzen; doch es war das iranische Imperium, das zurückschlug; das Ergebnis wird eine Regionalmacht sein, die islamisch-nationalistisch geprägt ist, deren „revolutionäre“ Grundlagen mehr oder weniger erneuert wurden und deren imperial-religiöse Achse noch tiefer verwurzelt ist. In Verhandlungen werden die maximalistischen Forderungen eines Landes fast nie erfüllt, und der Iran wird sich, selbst aus einer Position der Stärke heraus, zweifellos in vielen Punkten mit der Realität abfinden müssen. Mit hoch erhobenem Kopf aus einem Konflikt hervorzugehen ist eine Sache, doch die Bewältigung der Nachkriegszeit erweist sich oft als weitaus heikler und schwieriger. Jenseits der nationalen Einheit, die sich auf die Verteidigung des Landes konzentriert, werden politische Spaltungen, soziale Spannungen und wirtschaftliche Probleme sehr schnell wieder in den Vordergrund der iranischen Szene rücken. Als Fortsetzung des am 9. März 2026 veröffentlichten Artikels „Warum der Iran den Krieg bereits gewonnen hat“ soll dieser Beitrag einige Lehren aus diesem Krieg aufzeigen: für den Iran, für die globale Geopolitik und für die Palästinafrage.

Eine Neugründung der Islamischen Republik Iran?

Das „iranische Regime“ dekonstruieren

Wenn das Ziel darin bestand, das „iranische Regime“ durch einen „Enthauptungsschlag“ zu stürzen, war die Operation bereits am ersten Tag gescheitert. Der Hauptgrund dafür ist eine grundlegende Unkenntnis der politischen Struktur des Iran und, im weiteren Sinne, seiner Gesellschaft und Kultur, wie bereits der Missbrauch des Begriffs „iranisches Regime“ offenbart. Während dieser Begriff eine gewisse Verachtung verrät (sprechen wir vom „französischen Regime“ oder vom „US-Regime“?), impliziert er zwei Vorurteile oder zwei Fehleinschätzungen.

Erstens verfüge die Islamische Republik, die im Zuge der Islamischen Revolution von 1979 gegründet wurde, über wenig Legitimität, da sie als ein künstlich aufgezwungenes neues System angesehen werde, das daher leicht untergraben oder sogar gestürzt werden könne. Die Islamische Republik ist in der Tat eine neuartige Struktur in ihrer hybriden Natur, die Demokratie, eine jakobinische Republik und religiöse Führung vereint. In ihrem Wesen und ihrer Funktionsweise ist sie jedoch in alten politischen Erfahrungen, organischen Traditionen und Strukturen verwurzelt. Ihr parlamentarisches System geht auf die konstitutionelle Revolution von 1906 zurück, in deren Verlauf ein Parlament eingerichtet und eine

Verfassung ausgearbeitet wurde. Man kann sogar im Beispiel des Propheten Mohammed, der seine Gemeinschaft bei bestimmten Entscheidungen bereitwillig konsultierte, die islamischen Wurzeln eines Prinzips der Konsultation erkennen, das dem Volk übertragen wurde. Die Präsenz der Religion innerhalb des politischen Rahmens reicht bis ins 16. Jahrhundert zurück, als das persische Königreich schiitisch wurde und die Monarchie fortan eng mit einem Klerus verbunden war, der seit Jahrhunderten als Fundament und Leitfigur der schiitischen Gemeinschaft gedient hatte.

Die Neuheit – und der Modernismus – der Islamischen Republik liegt in der Institutionalisierung einer obersten und dialektischen Form religiöser Führung innerhalb eines republikanischen Rahmens, obwohl das Konzept der Führung im schiitischen Sinne des Wortes ein uraltes ist, das tatsächlich bis zur Entstehung der schiitischen Abspaltung nach dem Tod des Propheten im Jahr 632 zurückreicht. Blickt man noch weiter zurück, reicht die Verbindung zwischen Macht und Religion bis in die Antike zurück, als die Könige der Achämeniden und Sassaniden behaupteten, ihre Stärke und Weisheit vom zoroastrischen Gott Ahura Mazda zu beziehen. Was den Verwaltungsapparat betrifft, genügt es, daran zu erinnern, dass die Iraner seit dem 6. Jahrhundert v. Chr. und sogar nach der Ankunft des Islam im Dienste der abbasidischen Kalifen oder türkischen Herrscher daran gewöhnt waren, Königreiche und Reiche zu regieren. Die iranische Verwaltung, die historisch von Gelehrten mit einem breiten Wissensspektrum geführt wurde, war keineswegs nur eine Frage technokratischer Kompetenz, sondern auch ein Mittel zur Vermittlung der iranischen Kultur und somit über Jahrhunderte hinweg ein Rückgrat der Identität. Die iranische Verwaltung wurde durch die Pahlavi-Dynastie (1925–1979) westlich geprägt, ist jedoch in jahrhundertealten Traditionen der Regierungsführung und des Protokolls verwurzelt. Schließlich besteht eine echte Kontinuität zwischen der Pahlavi-Monarchie und der Islamischen Republik in Bezug auf die industrielle und infrastrukturelle Entwicklung sowie das Grundprinzip der Verwaltungsmodernisierung.

Das zweite Missverständnis besteht darin, dass die iranische Regierung wie eine vom Volk abgeschnittene Insel sei und dass sie auf Gewalt zurückgreifen müsse, um einen entscheidenden Mangel an Legitimität auszugleichen. Dass eine Kluft zwischen dem Volk und dem Staat besteht, ist eine bekannte Tatsache, und soweit wir das beurteilen können, ist dies eine seit langem bestehende Realität. Im 19. Jahrhundert schrieb der Graf von Gobineau, dass die Iraner „die unterschiedlichsten Regierungen gleichgültig über sich hinwegziehen sehen, ohne eine besondere Vorliebe für die eine oder andere zu entwickeln“ (*Trois ans en Asie*, 1859). Dies ist zudem einer der Gründe, die für den wiederkehrenden Autoritarismus der Regierungen im Iran angeführt werden. In Ermangelung eines Gesellschaftsvertrags zwischen Herrschern und Beherrschten oder eines festen Rechtsrahmens, der die Souveränität legitimiert, mussten die Behörden ihre schwache Legitimität durch eine starke, gelegentlich gewalttätige Präsenz kompensieren. Die Bevölkerung ihrerseits, die sich in Familieneinheiten organisierte und parallel dazu durch Stammes-, korporatistische oder religiöse Zugehörigkeiten strukturiert war, begnügte sich

damit, zu ertragen und zu gehorchen, ohne Angst davor zu haben, gelegentlich gegen königliche Politik zu revoltieren, die als ungerecht oder illegitim angesehen wurde. Dies schafft eine Dynamik der Divergenz zwischen einer Regierung, die darauf bedacht ist, ihre Agenda durchzusetzen, und einer Bevölkerung, die mangels eines starken Pflichtbewusstseins die Zusammenarbeit verweigert; dies wiederum führt zu einem Anstieg des politischen Autoritarismus und folglich zu verstärkten Vermeidungsstrategien und zivilgesellschaftlichem Rückzug seitens der Bevölkerung. Im heutigen Iran lassen sich diese soziopolitischen Probleme in unterschiedlichem Ausmaß beobachten.

Allerdings haben die Pahlavi-Monarchie und in der Folge die Islamische Republik – sei es durch gezielte Maßnahmen oder manchmal auch unbeabsichtigt – diese Kluft zwischen Regierung und Bevölkerung ebenfalls verringert. Das Entstehen einer Mittelschicht im Zuge der Industrialisierung, Urbanisierung und Verwestlichung der Gesellschaft sowie die revolutionäre Politik, die eine neue Generation von Männern und Frauen hervorbrachte (der sogenannte „islamische Feminismus“), die sich am Leben des Staates und des Landes beteiligten, haben die Soziologie des Iran, die Wirtschaft der Gesellschaft und das Verhältnis zwischen Individuum und Politik verändert. Es bestehen nach wie vor Spaltungen zwischen den verschiedenen Machtzweigen (dem „Deep State“ und dem republikanischen Leben), zwischen den Eliten und der Bevölkerung sowie zwischen autoritärer Regierungsführung und einer Bevölkerung, die diese erträgt oder duldet. Andere Faktoren tragen jedoch dazu bei, die Iraner organisch miteinander zu verbinden, angefangen beim Nationalismus, der sie in allen Krisen, die das Land bedrohen, vereint: Dies war während des Iran-Irak-Kriegs (1980–88) der Fall, in dem sich die Iraner trotz ihrer politischen und sogar ethnischen Spaltungen zusammenschlossen, um ihr Land zu verteidigen; dies ist weitgehend auch im aktuellen Krieg der Fall. Für die Iraner im Iran wird der Wandel – sei er politischer oder sozialer Natur – aus dem Land selbst kommen, von seinen inneren Kräften, nicht aus dem Ausland und schon gar nicht unter dem Druck des Krieges. Für sie bedeutet der Schutz der Integrität der Nation gegen die derzeitige Aggression nicht, alle Maßnahmen der Regierung zu akzeptieren: Es geht lediglich darum, das Überleben der Heimat zu sichern, eine Voraussetzung für einen inneren Wandel, zu dessen Herbeiführung nur die im Iran lebenden Menschen die Macht und die Legitimität besitzen.

Der Iran der letzten dreißig Jahre und der Iran der Zukunft

Die Wahl des reformorientierten Präsidenten Mohammad Khatami im Jahr 1997, gefolgt von seiner Wiederwahl im Jahr 2001, spiegelte ein Land im Wandel wider. Der Aufstieg neuer Generationen, die Lehren und Enttäuschungen der Islamischen Revolution, das Aufkommen des Internets, die wachsende Erkenntnis in den höchsten Regierungskreisen, dass Nationalismus letztlich der größte gemeinsame Nenner unter den Iranern sei, sowie Präsident Rouhanis Politik nach chinesischem Vorbild (Öffnung des

Landes durch die Wirtschaft) haben den Iran in den letzten dreißig Jahren geprägt. Auch in konservativen Kreisen, die zwei Jahrzehnte lang versucht hatten, die Gesellschaft zu moralisieren und sie – freiwillig oder mit Gewalt – zu re-islamisieren, hat sich ein Doktrinwechsel vollzogen. Angesichts des Braindrain, der Flucht der Iraner an die Strände und in die Nachtclubs der Türkei sowie des Aufkommens einer Jugend, die weder die Pahlavi-Ära noch die revolutionären Ideale ihrer Eltern kannte, setzte sich allmählich ein Doktrinwechsel durch. Anstelle eines gänzlich repressiven Ansatzes entschieden sich aufeinanderfolgende Regierungen dafür, im Land das zu entwickeln, was Iraner, ob jung oder alt, im Ausland suchten. In den 2000er Jahren kam es zur allmählichen Entstehung einer freizeitorientierten Gesellschaft, zum Bau von Einkaufszentren nach amerikanischem Vorbild, zur Verbreitung von Cafés, zur öffentlichen Intensivierung des kulturellen Lebens (Konzerte, Theater, Ausstellungen, Kinos), das zuvor begrenzt, eingeschränkt oder sogar verborgen gewesen war, sowie zu einer größeren Freizügigkeit in Bezug auf Alkohol, private Feiern, Hijab-Tragweisen und das öffentliche Zeigen von Zuneigung durch unverheiratete Paare.

In vielerlei Hinsicht hat die Gesellschaft sowohl eine gewisse Liberalisierung als auch die Entstehung eines neuen gesellschaftspolitischen Paradigmas erlebt. So mussten Anfang der 2000er Jahre Männer und Frauen bei Hochzeitsfeiern getrennt werden, und nur durch Bestechung war es möglich, gemischte Gästelisten in privaten Gärten zu haben; heutzutage veranstalten einige offizielle Organisationen Hochzeitssalons, in denen sich Männer und Frauen vermischen, während andere weiterhin eine physische Trennung der Geschlechter beibehalten, um traditionellere soziale Gruppen widerzuspiegeln, die tatsächlich die Mehrheit bilden. In den 2010er Jahren entstand eine neue Generation von Unternehmern, die nicht immer oder unbedingt religiös, aber grundsätzlich nationalistisch sind und Teil einer neuen Art von Vertrag mit dem Staat sind: Treue zum Prinzip der Islamischen Republik im Austausch für die Freiheit, ihre Unternehmen aufzubauen. Die Beziehung ist eine Win-Win-Situation: Der Staat profitiert vom Beitrag der neu gegründeten Unternehmen, eine Generation von Industriellen blüht auf, und der Nationalismus dient als „natürlicher“ Kitt, der Individuen (staatliche, parastaatliche oder private Eliten) mit unterschiedlichen und manchmal widersprüchlichen politischen oder religiösen Standpunkten zusammenhält. Schließlich hat die Islamische Republik politisch einen Diskurs angenommen, der eher imperial als panislamisch, eher nationalistisch als religiös ist, was einmal mehr die inhärente Komplexität des iranischen Systems verdeutlicht, das zugleich Nationalstaat, imperiale Republik, religiöse Heimat und Land der Religionen ist.

Es ist dieser Iran – ein Land im Umbruch –, der angegriffen wurde. Angesichts der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen im Iran, die der Unterzeichner seit dem Jahr 2000 verfolgt, stellt sich die Frage nach dem künftigen Kurs des Landes. Der Iran-Irak-Krieg könnte hier einen Anhaltspunkt bieten. Er wurde durch einen Angriff von Saddam Hussein ausgelöst, einem sunnitischen Präsidenten,

der befürchtete, die iranische Revolution könnte auf sein Land übergreifen, in dem die Schiiten die Mehrheit bildeten. Entgegen allen Erwartungen hielten die Iraner stand, und der Krieg begründete ein neues Verhältnis zwischen Politik, Militär und Bevölkerung. Der Sturz des Schahs im Jahr 1979 zeigte, dass die iranische Armee, eine der stärksten der Welt, dennoch nicht in der Lage war, die Monarchie zu retten. Daher wurden im Frühjahr 1979 die Revolutionsgarden gegründet, gefolgt im Herbst desselben Jahres von einem Freiwilligenkorps, den Bassij, denen die neue Islamische Republik die heilige Pflicht übertrug, die Islamische Republik vor jedem Versuch eines royalistischen Staatsstreichs und vor jedem inneren oder äußeren Feind zu schützen, der sie bedrohen könnte. Der Krieg mit dem Irak ermöglichte den Aufstieg der Revolutionsgarden, einer Landstreitmacht, die sich auch zu einer Marine- und Luftwaffe entwickelte und nach dem Krieg schließlich zu einem militärisch-industriellen Komplex wurde. Eine ganze Generation iranischer Militärangehöriger, Beamter und Politiker wurde somit aus dem Iran-Irak-Krieg „hervorgebracht“, lernte, das Land in einem Kontext extremer Krisen zu führen, und übernahm anschließend verantwortungsvolle Positionen in allen Bereichen – militärisch, politisch, administrativ, akademisch und anderweitig. Man könnte annehmen, dass die israelisch-amerikanisch-iranischen Kriege zumindest teilweise einen ähnlichen Effekt hervorrufen werden: Eine alte Garde gewinnt neues Ansehen, während neue Generationen im Feuer geschmiedet werden und durch intensive Erfahrungen einzigartige militärische, verwaltungstechnische, diplomatische und politische Fachkenntnisse erwerben. All dies könnte eine Islamische Republik wiederbeleben, die ursprünglich auf der Wiederherstellung einer neuen Identität gegründet wurde, im Widerstand gegen westliche (insbesondere amerikanische) Einmischung und im Namen einer Rückbesinnung auf uralte religiöse Werte.

Zugegebenermaßen ist 1979 nicht 2026: Es kann sich hier nicht einfach um einen revolutionären „Neustart“ handeln. Wir können die gesellschaftspolitischen Veränderungen der letzten zwei Jahrzehnte nicht einfach auslöschen: die Verbreitung des Nationalismus, die verschiedenen laufenden Säkularisierungsprozesse, die Folgen der Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“, die wirtschaftlichen Herausforderungen und die kulturelle Vielfalt einer iranischen Gesellschaft, die westlicher geprägt und politisch reifer ist als vor vierzig Jahren. Man kann jedoch vermuten, dass der offizielle Diskurs des Staates den Widerstand gegen die amerikanisch-israelische Aggression instrumentalisieren wird und dass nationaler Stolz und religiöse Gesinnung gestärkt werden, was zu einem Wiederaufleben der Identitätspolitik, einer gewissen Militarisierung des Staatsapparats und neuen kulturellen Imperativen führen wird. Es besteht Grund zu der Befürchtung, dass der Sicherheitskontext der Nachkriegszeit zumindest vorübergehend die Ausdrucksmöglichkeiten der Zivilgesellschaft einschränken und neue Formen der sozialen Kontrolle sowie ein neues Regime der Überwachung und Zensur schaffen wird. Dieser Kontext dürfte auch der Ausübung iranischer Soft Power nicht förderlich sein, die – vom Tourismus bis hin zu verschiedenen internationalen Initiativen – zumindest teilweise dazu beitragen würde, eine

alternative Perspektive auf das Land zu bieten. Dies ist jedenfalls eine systemische Schwäche der iranischen Politik. Trotz all seiner kulturellen Schätze und trotz vielversprechender Projekte während der ersten Amtszeit von Mohammad Khatami (1997–2001) war der Iran nicht in der Lage, nicht willens oder unfähig, eine ehrgeizige, kohärente und effiziente Kultur- oder Tourismuspolitik zu entwickeln, die insbesondere auf westliche Länder ausgerichtet ist.

Die künftige Ausrichtung der nationalen Debatte wird stark vom neuen Obersten Führer, Mojtaba Khamenei (geb. 1969), dem Sohn von Ali Khamenei, abhängen, der am ersten Tag des Krieges ermordet wurde. Über die inneren Abläufe dieser Wahl ist wenig bekannt, doch zweifellos wurde sie weitgehend von den Umständen diktiert. Die Wahl von Ali Khameneis Sohn – Oberster Führer von 1989 bis 2026 – gewährleistet vor dem Hintergrund von Krieg und Krise Kontinuität in Doktrinen, Loyalitäten und Netzwerken, trotz der Fragen, die eine Wahl aufwirft, die einer dynastischen Nachfolge gleicht. In einem friedlicheren Kontext wäre der Ernennungsprozess zweifellos offener verlaufen. Obwohl von seinem Vater ausgebildet, gehört Mojtaba Khamenei dennoch einer anderen Generation an, und die Richtung, die er für das Land vorgibt, wird von einer Vielzahl komplexer Faktoren abhängen, die vom (psychologischen, wirtschaftlichen und kulturellen) Zustand einer vielschichtigen Nation bis hin zum neuen Nachkriegs-Machtgleichgewicht und den diplomatischen Beziehungen reichen. Insofern die Wahl von Mojtaba Khamenei eher aus einem Gefühl nationaler Dringlichkeit als aus einer religiösen Priorität der Ausrichtung zu resultieren scheint, erinnert die Situation in mancher Hinsicht an die Wahl seines Vaters. Im Jahr 1989 wurde Ali Khamenei eher aus politischen als aus religiösen Gründen ausgewählt: Er besaß damals nicht den für das Amt erforderlichen Rang eines Ayatollahs, und die Verfassung von 1979 wurde geändert, um eine Wahl zu ermöglichen, die den Beginn eines neuen – postrevolutionären – Zyklus für das Land markierte. Indem er sich auf die Revolutionsgarden stützte und die Integration von Geistlichen in staatliche Gremien förderte, löste Ali Khamenei komplementäre Prozesse der Militarisierung der Gesellschaft und der staatlichen Integration des Klerus aus, die das interne Gefüge des Landes stärkten, politische Akteure professionalisierten und das militärisch-religiöse Machtgleichgewicht institutionalisierten.

Selbst wenn der Krieg die Iraner näher zusammenbringt, wird der Iran nach dem Krieg mit seinen bereits bestehenden Herausforderungen konfrontiert sein: erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sowohl durch das Embargo als auch durch staatliche und nationale Dysfunktionalität verursacht und durch die Kriegsschäden noch verschärft werden; einer vielschichtigen Zivilgesellschaft mit unterschiedlichen oder divergierenden Interessen und Kulturen; den Spannungen zwischen Verwestlichung und Traditionalismus, staatlich sanktionierter Religion und säkularem Nationalismus sowie familienzentrierten Werten und Individualismus. Der Krieg wird mit ziemlicher Sicherheit in einigen Teilen der Elite zu einer Radikalisierung der antiwestlichen und antiimperialistischen Rhetorik führen, was das innenpolitische

Klima im Iran sowie die diplomatischen Bemühungen stark belasten wird. Eine weitere Reihe von Fragen ergibt sich hinsichtlich der iranischen Diaspora, vor allem in Europa, den Vereinigten Staaten und Kanada, die sich im Laufe der Jahrzehnte in mehreren Wellen gebildet hat und kaleidoskopische Beziehungen zum Iran unterhält: von Gegnern, die die Bombardierung ihrer Mitbürger feierten, indem sie Porträts von Reza Pahlavi schwenkten und auf den „Sturz des Regimes“ hofften, bis hin zu Wirtschaftsmigranten und Patrioten, die der Islamischen Republik mehr oder weniger kritisch gegenüberstehen, aber dennoch den iranischen Widerstand unterstützen. Dieser Krieg und seine Folgen werden sicherlich neue Dynamiken schaffen, zunächst unter den Iranern im Iran und den Iranern im Ausland, und dann in den Beziehungen zwischen den Gemeinschaften innerhalb und außerhalb des Iran.

Was sagt der Krieg gegen den Iran über die internationale Ordnung aus?

Persien und die westlichen Imperien

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels weigert sich der Iran zu verhandeln und beabsichtigt, seine Operationen fortzusetzen, bis er seine Ziele erreicht hat. Was sind das für Ziele? Man könnte vermuten, dass das Ziel darin besteht, ein neues Machtgleichgewicht zu schaffen, das bedeutend genug ist, um die Vereinigten Staaten und Israel dazu zu zwingen, nicht nur einen Waffenstillstand, sondern eine echte, dauerhafte und garantierte diplomatische Lösung des Konflikts zu akzeptieren. Die Analyse des Iran – der während der Verhandlungen zweimal angegriffen wurde – ist einfach: Nur Gewalt kann Gewalt besiegen; nur eine gewaltsame Reaktion wird jede weitere Versuchung zu einem Angriff unterbinden. Ohne über mögliche Ausgänge des Konflikts zu spekulieren – ein multilaterales Abkommen, ein Rückzug der USA, eine nukleare Eskalation usw. – lässt sich bereits jetzt die Bedeutung dieses Krieges innerhalb des historischen Moments diskutieren, den wir gerade durchleben: den einer geopolitischen Transformation, in der sich eine Ordnung, die aus dem Zweiten Weltkrieg und in weiterem Sinne aus der Renaissance hervorgegangen ist, allmählich wandelt, mit dem Aufstieg anderer internationaler Akteure (China, Russland, Indien, Südostasien, Brasilien), neue Konstellationen „blockfreier“ Nationen (BRICS+) und globalisierte Herausforderungen (wirtschaftlicher, technologischer, ökologischer, migrationspolitischer Art usw.), die den gesamten Planeten betreffen und Länder, die stärker denn je miteinander vernetzt sind.

Ab dem Ende des Mittelalters setzten in Europa tiefgreifende Veränderungen ein, deren volle Auswirkungen sich erst im Laufe von Jahrhunderten entfalten sollten: ein neues Verhältnis zur Religion nach dem Aufkommen des Protestantismus und den „Religionskriegen“, das zu modernen Formen des Säkularismus und Universalismus führte; die Entwicklung des modernen Staates und des Nationalismus,

die in einer internationalen Ordnung von Nationalstaaten gipfelte, die in ihren Interessen rivalisierten und durch Diplomatie verbunden waren; ein philosophischer Rationalismus, der von Kant bis zur analytischen Philosophie allmählich ein Universum ohne Metaphysik entwarf; wissenschaftliche und technische Entwicklungen, die zur industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts und zur heutigen IT-Revolution führten und eine im Wesentlichen materialistische und agnostische Weltanschauung bekräftigten.

Dieses europäische Entwicklungsmodell (die westfälische Weltordnung, der industrielle Kapitalismus, der philosophische Rationalismus, die wissenschaftliche Normativität) wurde durch Kolonialreiche, die sich von Amerika bis zum indonesischen Archipel erstreckten, schrittweise globalisiert: zunächst durch die Spanier und Portugiesen im 16. Jahrhundert, dann durch die Engländer, Franzosen und Niederländer zwischen dem 17. und dem frühen 20. Jahrhundert. Die erste Phase des westlichen Imperialismus, die die Azteken- und Inka-Zivilisationen zerstörte, war ein Bündnis aus Militär, Missionaren und Kaufleuten. Später reagierte der Kolonialismus vor allem auf wirtschaftliche Zwänge (die Ostindien-Kompanie, das Britische Empire) und trug den Wettbewerb zwischen den europäischen Nationen auf den gesamten Globus aus. Überall hat die Globalisierung in unterschiedlichem Maße eine Verwestlichung bewirkt: Sie hat Völker zum Christentum bekehrt (Amerika), alte Kulturen zerstört und überall das gebracht, was wir als Moderne bezeichnen – Technologien und Industrien, Verwaltungsorganisationen, Wirtschaftssysteme, politische Konzepte und Kunstformen. Überall hat diese Verwestlichung Spannungen und Rivalitäten, Synthesen und Spaltungen hervorgerufen: Konflikte und Kompromisse zwischen Tradition und Moderne, Religion und Säkularisierung, lokaler Identität und ausländischen Einflüssen, dem Nationalen und dem Internationalen. Heute bestehen diese Probleme fort, trotz (und manchmal gerade wegen) des Endes der Kolonialreiche und des Aufkommens einer multipolaren Welt.

Nur vor dem Hintergrund dieser langen Geschichte lassen sich die Position des Iran und die vielfältigen Herausforderungen, denen er gegenübersteht, verstehen. Persien wurde bereits im 16. Jahrhundert in die Geschichte der europäischen Kolonialreiche hineingezogen. Die Ausbeutung durch den Westen begann zaghaft mit den Safawiden-Kapitulationen (Handelsprivilegien, die europäischen Kaufleuten gewährt wurden und bisweilen überzogen waren); sie setzte sich fort mit dem Würgegriff Großbritanniens im 19. Jahrhundert – Russlands Rivale im Iran und in Zentralasien – und dann durch den dominierenden Einfluss Amerikas nach dem Zweiten Weltkrieg. Der europäische Einfluss, der während der Safawiden-Ära sporadisch und marginal gewesen war, gewann im Laufe des 19. Jahrhunderts unter den Kadscharen zunehmend an Stärke. Die Pahlavi-Politik der erzwungenen Verwestlichung und Säkularisierung führte zu einer Reihe sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Brüche, sodass die Islamische Revolution eine Art Gegenreaktion und eine teilweise unvermeidliche Neugewichtung darstellte. Im Gegensatz zu einer agnostischen, individualistischen und konsumorientierten Verwestlichung strebte die Revolution danach, einen anderen Gesellschaftsvertrag auf der Grundlage religiöser Werte zu etablieren, die Gesellschaft

sowie Wissenschaft und Kultur zu islamisieren und das Land zum imperialen Zentrum des Panislamismus und zum Verfechter der Unterdrückten zu machen. Oftmals wurden diese Ideale schnell enttäuscht oder verzerrt, und die revolutionären Exzesse lösten vielfältige Entwicklungen innerhalb einer Gesellschaft aus, die von einer dreipoligen Identität (iranisch, schiitisch-islamisch, westlich geprägt) geprägt ist und sich aufgrund ihrer Pluralität niemals auf eine einseitige und exklusive Politik festlegen lässt. Wie dem auch sei, die Islamische Revolution strebte danach, das Land neu auf eine souveränistische, nicht-westliche und islamische Achse auszurichten, auch wenn die Verwestlichung der Gesellschaft nie aufgehört hat und obwohl die Vorherrschaft des nationalistischen Diskurses in den letzten zwanzig Jahren dem Iran eher den Charakter einer iranischen als einer islamischen Republik verliehen hat.

Der Iran und der westliche Neoimperialismus

Der aktuelle Krieg verdeutlicht ein Gründungsprinzip der Islamischen Revolution: den Antiimperialismus, nämlich die Verurteilung eines globalen Systems, das zwar auf Regeln zu beruhen scheint, in Wirklichkeit jedoch weitgehend einer westlich geprägten Agenda und Narrative unterworfen ist. Während die internationale Ordnung stets zwischen Regulierungsversuchen, dem Gesetz des Dschungels und einem globalen „Einkaufszentrum“ schwankte, verstärkt der aktuelle Krieg aus iranischer Sicht lediglich die Wahrnehmung einer Ordnung, die vordergründig multilateral ist, in Wirklichkeit jedoch grundlegend unausgewogen und einseitig von den Vereinigten Staaten dominiert wird. Von Westlern geschaffen, die sich von europäischen Konzepten des Nationalstaats und der durch den Westfälischen Frieden (1648) begründeten Art der zwischenstaatlichen Beziehungen inspirieren ließen, sind internationale Institutionen, Gesetze und Schiedsverfahren von wechselhafter Natur. Theoretisch auf rechtlicher Gleichheit basierend, sind sie in der Praxis abhängig von Machtdynamiken, geopolitischen Konstellationen und den expansionistischen oder hegemonialen Ambitionen bestimmter Mächte.

Für den Iran verdeutlicht die Atomfrage diese Voreingenommenheit im Völkerrecht, die von den mächtigsten Nationen ausgenutzt wird, um ihre eigenen geostrategischen Interessen zu verfolgen. Es gibt mindestens drei unterschiedliche Maßstäbe: zwischen Nordkorea (das stolz darauf ist, die Bombe zu besitzen, und dank dieser aus einer Position der Stärke heraus verhandeln kann), Israel (das über Atomwaffen verfügt, dies aber nicht zugibt, den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen nicht unterzeichnet hat und von niemandem dafür kritisiert wird, die Nuklearisierung des Nahen Ostens eingeleitet zu haben) und dem Iran, der keine Atombombe besitzt, den Nichtverbreitungsvertrag unterzeichnet hat und sich den Inspektionen der IAEO unterwirft, dafür aber wenig Gegenleistung erhält und als Schurkenstaat behandelt wird. Tatsächlich lässt sich die iranische Atomfrage aus historischer Perspektive als Vorwand für eine neoimperialistische Politik interpretieren, die die Nachfolge des

westlichen Imperialismus im Nahen Osten antritt, der mindestens bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht, und die unter jedem Vorwand danach strebt, den Iran als energiepolitischen, wirtschaftlichen und strategischen Knotenpunkt zu kontrollieren.

Die Rhetorik der „Demokratisierung“ des Iran folgt derselben versteckten Logik. Es besteht die Absicht, der Islamischen Republik durch die Bombardierung sowohl ziviler als auch militärischer Ziele Demokratie zu bringen, doch sind keine militärischen Maßnahmen zur Demokratisierung der saudischen Monarchie geplant. Die Forderung nach einem (den Vereinigten Staaten gegenüber) „freundlicheren“ iranischen Regime bedeutet nichts anderes, als den Iran aus geostrategischen und wirtschaftlichen Gründen wieder in den Einflussbereich der USA zu bringen: um dem russischen Einfluss und chinesischen Projekten im Nahen Osten entgegenzuwirken; um Saudi-Arabien und die Ölmonarchien am Persischen Golf zufrieden zu stellen, die unweigerlich geschwächt und an den Rand gedrängt würden, wenn der Iran, eine historische Regionalmacht, sein volles Potenzial entfalten würde. Der aktuelle Krieg ist in dieser Hinsicht ein neoimperialistischer Krieg, der die iranische Analyse der internationalen Ordnung bestätigt: Nur das Kräfteverhältnis zählt; freiwillige oder passive Unterordnung unter die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten wird verlangt, unter Androhung von Sanktionen und Ächtung; Die Westzentriertheit des Systems schürt die Heuchelei seiner Rhetorik, deren Leit motive (Menschenrechte, Demokratie usw.) in Wirklichkeit räuberische Ambitionen legitimieren. Es ist vielleicht kein Zufall, dass von allen europäischen Ländern nur Spanien energisch und gegen den Strom die US-israelische Aggression angeprangert hat. Nachdem Spanien im 16. Jahrhundert gemeinsam mit Portugal die ersten Kolonialreiche gegründet hatte, gibt es dort heute politische Bewegungen, die für das Thema Imperialismus sensibel sind und für die die westliche Haltung gegenüber dem Iran tatsächlich Teil einer neoimperialistischen Agenda ist.

Der Iran ist zudem von den Spaltungen innerhalb der muslimischen Welt betroffen. Am 16. März 2026, einen Tag vor seinem Tod bei einem israelischen Angriff, hatte Ali Larijani einen Aufruf an die Umma, die muslimische Gemeinschaft, gerichtet und sie dazu aufgerufen, sich gegen Israel und die Vereinigten Staaten zu wehren. Die Strategie des Iran angesichts des US-israelischen Angriffs wird ihm zweifellos bei vielen muslimischen Bevölkerungsgruppen Popularität verschaffen. Die Koordination zwischen dem Iran, der Hisbollah, pro-iranischen Milizen im Irak und den Houthis im Jemen hat zudem einer „Achse des Widerstands“ neues Leben eingehaucht, von der viele glaubten, sie sei geschwächt und unter Kontrolle. Abgesehen vom regionalen Wiederaufleben von Allianzen, Kampfeslust und Idealen des Kampfes darf man dennoch bezweifeln, dass der Aufruf an die Umma innerhalb einer Konstellation islamischer Länder mit unterschiedlicher Geschichte, rivalisierenden Interessen und kulturell sowie historisch unterschiedlichen Formen des Islam eine nennenswerte Wirkung haben wird. Seit dem Tod des Propheten Mohammed ist die muslimische Gemeinschaft entlang religiöser Linien (Spaltung zwischen Sunniten, Schiiten, Charidschiten usw.), politischer Linien (dynastische Zersplitterung der muslimischen

Welt, gefolgt von der Aufteilung in Nationalstaaten), ethnischer Linien (die muslimische Welt ist ein Mosaik aus Völkern) und kultureller Linien (Religion ist stets in eine Kultur eingebettet, die ihre gelebte Erfahrung prägt) gespalten.

Zur Zeit der Islamischen Revolution strebte der Iran, getrieben von dem Wunsch, imperialen Einfluss auszuüben, danach, zur Speerspitze des Islam in der Welt zu werden. Er stieß jedoch auf die Realitäten der Realpolitik und auf Spaltungen innerhalb der muslimischen Welt. Der Iran ist ein schiitisches Land, während die Mehrheit der muslimischen Welt sunnitisch ist. Religiöse Annäherung mag bis zu einem gewissen Grad und unter bestimmten Umständen möglich sein, doch sie kann weder die Ablehnung des schiitischen Islam durch die Sunniten noch den Vorwurf der Schiiten, der sunnitische Islam sei von der ursprünglichen Form des Islam abgewichen, verschleiern oder herunterspielen. Der Iran-Irak-Krieg war ein Paradebeispiel für diese Spannungen und trug tatsächlich dazu bei, einen iranischen Nationalismus wiederzubeleben, den Ayatollah Khomeini im Namen einer größeren Einheit der Umma beiseite schieben wollte. Während der Iran sich für die Sache der Palästinenser einsetzte, stellte sich die Palästinensische Befreiungsorganisation auf die Seite des Irak gegen den Iran; und während die Revolutionäre Israel als den „zionistischen Staat“, den Vorposten des westlichen Imperialismus im Nahen Osten, brandmarkten, leistete Israel dem Iran in seinem Krieg gegen den Irak finanzielle und logistische Hilfe.

Man kann daher die selbstbewusste Souveränität und den kulturellen Protektionismus des heutigen Iran nicht verstehen, ohne sich von einem westlich geprägten Diskurs zu lösen, der für sich beansprucht, Schiedsrichter über Zivilisationen, Recht und Werte zu sein. Die kulturelle Vielfalt der Welt ist eine alltägliche Realität, doch gibt es einen kulturzentrierten Egozentrismus, der bestrebt ist, ein Land nach westlichem Vorbild als das ultimative Staatsmodell, als Maßstab für Zivilisation und als Referenzpunkt für die Entwicklung sozialer Identität zu betrachten. Wenn man die unzähligen Analysen dieses Konflikts hört oder liest, fällt unweigerlich auf, in welchem Maße die überwiegende Mehrheit davon dominanten Paradigmen unterliegt, nämlich einer westlich geprägten Weltanschauung und einem amerikanischen geostrategischen Paradigma. Folglich herrscht eine quasi-institutionelle Ignoranz oder eine fast systematische Voreingenommenheit gegenüber nicht-westlichen Ländern und Kulturen, die im schlimmsten Fall von Islamophobie, kultureller Fremdenfeindlichkeit oder imperialistischer, ja sogar kolonialistischer Verachtung untermauert wird.

Angesichts des aktuellen Konflikts und seiner Berichterstattung in den Medien lässt sich natürlich der Einfluss amerikanischer und pro-israelischer Lobbygruppen erkennen, die seit Jahrzehnten in Thinktanks, an Universitäten und in den Medien einseitige Weltanalysen finanzieren, die voller blinder Flecken und Lücken sind und heute als Kriegsmaschinerie dienen, um die Bomben zu begleiten oder jede differenzierte und pluralistische Wahrnehmung der Ereignisse zu verschleiern. Allgemeiner betrachtet gibt

es jedoch ein projiziertes Bild des Iran, das zwischen Dämonisierung und orientalistischen Klischees oszilliert und zu einem Habitus geworden ist, den die meisten Journalisten und Fernsehexperten ohne Reflexion oder Hinterfragen übernehmen. Dieser Habitus fügt sich in einen breiteren Rahmen ein: ein westzentriertes Paradigma, das in der von den europäischen Kolonialreichen ab dem 16. Jahrhundert betriebenen Verwestlichung verwurzelt ist und das trotz Globalisierung, Tourismus und postkolonialer Studien nach wie vor politischen Kreisen und den Medien, selbst in bestimmten nicht-westlichen Ländern, großen Einfluss ausübt. An der Schnittstelle grundlegender Fragen ergibt auch die Palästinafrage nur dann einen vollständigen Sinn, wenn man sie durch die Linse einer langen und facettenreichen Geschichte betrachtet.

Die vielen Facetten der Palästinafrage

Ein geopolitischer, religiöser und historischer Scheideweg

Am 7. Oktober 2023 verübte die Hamas einen Terroranschlag auf Israel. Das Ausmaß und die Raffinesse des Angriffs kamen überraschend, doch für diejenigen, die die seit 1948 bestehende Palästinafrage nicht vergessen hatten, war eine solche Aktion keine Überraschung. Das Stocken des Oslo-Prozesses nach der Ermordung von Premierminister Yitzhak Rabin (1995), die schrittweise Normalisierung der Beziehungen zwischen bestimmten arabisch-muslimischen Staaten und Israel, die Fortsetzung der israelischen Siedlungsaktivitäten im Westjordanland unter Verletzung aller Abkommen, der demografische Druck im Gazastreifen und die völlige Gleichgültigkeit westlicher Diplomaten gegenüber einer Lösung der Palästinafrage konnten nur eine Explosion der Gewalt unter jenen – den Palästinensern – hervorrufen, die sich allmählich von allen vergessen fühlten. Durch einen dreifachen Effekt aus Übertreibung, Amnesie und Vereinfachung haben die westlichen Medien versucht, den israelisch-palästinensischen Konflikt auf den Anschlag vom 7. Oktober zu reduzieren und dabei 75 Jahre Geschichte sowie jegliche anthropologische Komplexität auszulöschen. Wenn die israelisch-palästinensische Krise so bedeutend ist, während es so viele andere Konflikte gibt, die weder die gleiche Wirkung noch die gleiche Bedeutung haben, dann liegt das daran, dass sie an der Schnittstelle mehrerer historischer, religiöser und zivilisatorischer Bruchlinien liegt:

- **Die Kluft zwischen Kolonialismus und Entkolonialisierung.** Israel ist eine echte Demokratie, aber auch ein wahrhaft kolonialer Staat, mit allem, was dies an Gewalt (militärischer, administrativer, juristischer, ja sogar kultureller Art) und radikaler Asymmetrie zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten mit sich bringt. Der vielschichtige Widerstand der Palästinenser ist zugleich die jüngste Manifestation der Entkolonialisierungskämpfe, die die Jahre 1940–1970

prägten. In einer Pressekonferenz am 27. November 1967, nach dem Sechstagekrieg, erklärte Charles de Gaulle, dass Israel „in den von ihm eroberten Gebieten eine Besatzung organisiert, die ohne Unterdrückung, Repression und Vertreibungen nicht fortgesetzt werden kann, und dass dort Widerstand dagegen entsteht, den es seinerseits als Terrorismus bezeichnet.“ Alles war gesagt, und nichts hat sich geändert. Die Hamas oder die Hisbollah auf diese Weise auf terroristische Gruppen zu reduzieren, bedeutet, den historischen Grund für ihre Entstehung, die Wurzel und den Kontext der Gewalt zu ignorieren und eine eindimensionale Sichtweise einzunehmen, die den Anderen essentialisiert, während man vor den eigenen Augen verschließt. Wie wir wissen, gibt es keine präzise Definition von Terrorismus, denn die Realitäten von Konflikten sind stets multidimensional, und in gewalttätig aufgeladenen und polarisierten Umgebungen wird man in den Augen des anderen leicht selbst zum Terroristen. Auch wenn eine bestimmte Handlung im Lichte bestimmter ethischer oder rechtlicher Grundsätze als terroristisch eingestuft werden mag, ist es doch wichtig, ihre Ursachen, Absichten und ihren ideologischen Kontext zu beleuchten: nicht um sie zu rechtfertigen, zu entschuldigen oder zu relativieren, sondern weil nur eine sachliche Analyse es uns letztlich ermöglichen wird, relevante und nachhaltige Lösungen zu finden, seien sie diplomatischer oder militärischer Natur.

- **Die Kluft zwischen der christlichen und der islamischen Welt.** Seit dem Aufkommen des Islam im 7. Jahrhundert werden Muslime als militärische Feinde wahrgenommen, die ständig Krieg führen, um das „Haus des Islam“ zu erweitern, sowie als missionarische Eroberer, die die christliche Identität und die eigenständige Kultur Europas und des Westens bedrohen. Das Ziel hier ist nicht, zu erörtern, was reine Fantasie ist (westliche Muslime als „fünfte Kolonne“ des „großen Austauschs“ des Christentums durch den Islam) oder politische Schmährede (Vorwürfe des „Islamo-Linksextremismus“), sondern vielmehr festzustellen, dass der israelisch-palästinensische Konflikt in vielerlei Hinsicht Teil eines seit langem bestehenden westlichen Misstrauens gegenüber dem Islam ist. Im Gegensatz zum Islam ist das Judentum keine universelle Heilsreligion: Man kann leicht Muslim werden, aber man wird als Jude geboren, und die Konversion zum Judentum ist ein ebenso langwieriger wie außergewöhnlicher Prozess. Darüber hinaus ist Israel ein stark westlich geprägtes Land, dessen historische Grundlagen im 19. Jahrhundert auf der Einwanderung von Juden aus Osteuropa beruhen, die daher kulturell europäisiert waren. Im Vergleich zum Islam fühlen sich Westler daher nicht durch jüdische Missionierung bedroht – die es tatsächlich gar nicht gibt – und können sich einer zionistischen Sache anschließen – selbst in ihrer religiösen Form –, ohne ihr Christentum aufzugeben. Zudem bedeuten die kulturelle Bedeutung der Juden in der europäischen Geschichte sowie der westliche

Charakter Israels – ungeachtet des Einflusses ultraorthodoxer Juden –, dass sich Westler offenbar Israel näher fühlen als jedem muslimischen Land; oder jedenfalls verbünden sie sich bereitwillig mit Israel, wobei sie ihren unterdrückten Antisemitismus beiseite lassen und trotz Israels kolonialer Gewalt gegen einen Islam vorgehen, der als heimtückische und unüberwindbare Bedrohung wahrgenommen wird.

- **Der Westen gegenüber dem Globalen Süden, den blockfreien Staaten und dem „Osten“.** Für Westler, die von ihrem Modell der politischen Organisation und des gesellschaftlichen Lebens überzeugt sind, ist es oft kaum vorstellbar, dass andere anders denken könnten, dass nicht-westliche Länder eine andere Geschichte haben könnten und dass die Werte, Kämpfe oder Prioritäten der einen nicht (unbedingt) denen der anderen entsprechen. Westler betrachten die Gründung Israels als eine von der Vorsehung gewollte Wiedergutmachung für das Trauma des Holocaust, während diese Gründung aus „nicht-westlicher“ Perspektive als eine vom westlichen Imperialismus begangene koloniale Ungerechtigkeit wahrgenommen wird, die weitere Traumata (die Nakba) verursacht und symbolisch für eine reflexartige Verachtung gegenüber östlichen und muslimischen Bevölkerungsgruppen steht. Der Konflikt der Standpunkte zur israelisch-palästinensischen Frage – zwischen der überrepräsentierten und übermäßig publizierten westlichen Interpretation und alternativen, weniger verbreiteten und marginalisierten Standpunkten – ist einmal mehr bezeichnend für eine Kluft zwischen der geopolitischen Dominanz westlicher Länder und der „Peripherisierung“ nicht-bündnisgebundener Länder, unabhängig davon, ob diese Opfer des westlichen Kolonialismus und Imperialismus waren oder nicht.
- **Die Kluft zwischen Erinnerung, Information und Geschichtsschreibung.** Wenn Muslime betonen, dass der Holocaust eine europäische Geschichte sei und dass kein Konzentrationslager jemals den Boden des Nahen Ostens mit Blut befleckt habe, offenbaren diese – rein sachlich korrekten – Äußerungen die grundlegende Kluft zwischen den Geschichtsauffassungen und die Unterschiede im historischen Bewusstsein. Die Leugnung des Holocaust ist im Iran weit verbreitet, und Präsident Ahmadinedschad hat sich als ihr Sprachrohr betätigt, indem er den Holocaust als Mythos bezeichnete. Da es an einem angemessenen Geschichtsverständnis mangelt, zielt dieser Leugnungstendenz im Grunde darauf ab, die westliche Exklusivität der Geschichte und ihrer Interpretation in Frage zu stellen. Für Iraner, die nicht alle Leugner sind, ist der Holocaust jedenfalls eine jüdische und europäische Geschichte, keine iranische. Sie sehen in der Verabsolutierung des jüdischen Leidens ein historiografisches Monopol, das dazu führt,

dass das Leiden aller anderen verschleiert wird, von den Iranern selbst – dem Iran-Irak-Krieg oder dem lange verschwiegenen Leid der beiden Weltkriege – bis hin zum ghettoisierten Leid der Palästinenser. Die Allgegenwart der israelischen Perspektive in westlichen Medien, Politik, Diplomatie und Wissenschaft wird somit als eine westliche Aneignung der Geschichte wahrgenommen, mit ihren kulturellen, strategischen und (geo)politischen Wurzeln und Konsequenzen. Die Verwestlichung besteht in der Tat nicht nur darin, politische Ideen (liberale Demokratien), Technologien (das Internet), Wirtschaftsmodelle (kapitalistische) oder Konsumgewohnheiten (Coca-Cola & Co.) weltweit zu verbreiten: sie beinhaltet auch, manchmal auf subtile Weise, die Durchsetzung eines westzentrierten Geschichtsverständnisses, das die westliche Geschichte, ihre Geschichtsschreibung und ihre Interpretationen zum Wissensstandard, zum Maßstab für Geschichtsbewusstsein und zur hermeneutischen Referenz für Ereignisse macht. Seit Jahrzehnten bieten Universitäten nicht-westzentrierte und postkoloniale Geschichtsdarstellungen an, doch diese Werke haben, gemessen an westlichen politischen Entscheidungen und diplomatischen Standpunkten, letztlich nur sehr geringen Einfluss. Darüber hinaus nützt es nichts, Bücher lediglich zu lesen: Man muss sie auch verinnerlichen, damit das Wissen über andere Kulturen nicht bloß ein Katalog von Daten und Fakten ist, sondern die Fähigkeit, eine andere Kultur von innen heraus und im Rahmen ihrer eigenen Geschichte zu verstehen.

Der pro-palästinensische und antiimperialistische Iran

Seit 1979 hat der Iran das von König Mohammad-Reza Pahlavi etablierte diplomatische Paradigma auf den Kopf gestellt. Im Namen einer panislamischen Politik und einer antiimperialistischen Haltung hat sich der Iran für die Palästinenser gegen die israelische Kolonisierung eingesetzt. Infolgedessen hat er den Staat Israel, der nun als „zionistischer Staat“ bezeichnet wird, delegitimiert. Er betrachtet diesen als ein Land, das durch westliche imperialistische Machenschaften unrechtmäßig geschaffen wurde, sich durch eine modernistische Instrumentalisierung des Judentums und eine anachronistische Auslegung des Alten Testaments selbst legitimiert und von gesetzloser und grenzenloser expansionistischer Gewalt angetrieben wird.

Seit den 2000er Jahren malte man sich gerne aus, der Iran strebe den Erwerb einer Atombombe an, um Israel von der Landkarte zu tilgen – was weder militärisch noch politisch Sinn ergab und zudem gegen religiöse, koranische und theologische Gebote verstieß. Der Iran strebt die Auflösung des Kolonialstaates Israel an, nicht die Vernichtung des jüdischen Volkes. Als Muslime sind die Iraner zudem verpflichtet, Juden zu respektieren, da der Koran Respekt vor dem Judentum verlangt. Schließlich schreibt die

schiitische Theologie den Verteidigungskrieg vor, während der Angriffskrieg verboten ist, da nur ein Imam, der Erbe des Propheten Mohammed, ihn erklären darf. Der zwölfte Imam, Imam Mahdi, verschwand jedoch im Jahr 941 und wird erst am Ende der Zeit zurückkehren: In seiner Abwesenheit können religiöse Führer nicht die Initiative ergreifen, Krieg zu führen, da sie weder die Autorität noch das Wissen eines der zwölf historischen Imame besitzen. Daher ist Antizionismus im Iran weit verbreitet, und obwohl er eine Form von Antisemitismus verbergen mag, verurteilt ein gängiger Diskurs den israelischen Kolonialismus, ohne Juden schaden oder das Judentum ablehnen zu wollen.

Es gibt nach wie vor eine jüdische Gemeinde im Iran, vor allem in Teheran, die heute zwar nur noch wenige Tausend Menschen umfasst, aber auf eine tausendjährige Geschichte im Nahen Osten zurückblicken kann. Elemente der alten iranischen Geschichte finden sich im Alten Testament (Das Buch Ester), und in der muslimischen Ära erlebte eine bemerkenswerte jüdisch-persische Kultur ihre Blütezeit. Während der Pahlavi-Ära bestanden sehr gute (wenn auch inoffizielle) Beziehungen zwischen Israel und dem Iran. In den 1950er Jahren kam es sogar zur Gründung einer Sicherheitskooperation zwischen Israel, dem Iran und der Türkei (die Trident-Organisation), die darauf abzielte, dem Einfluss des Panarabismus entgegenzuwirken. Iraner und Israelis teilen mehrere kulturelle Merkmale: Weder arabisch noch türkisch, stellen sie eine Form kultureller Einzigartigkeit im Nahen Osten dar und teilen eine alte Geschichte (für die Juden größtenteils in der Diaspora) sowie eine ähnliche philosophische und kulturelle Komplexität (jüdisches Denken und persische Philosophie). Selbst aus religiöser Sicht besteht eine gewisse Affinität zwischen den Juden, einem im Laufe der Geschichte verfolgten auserwählten Volk, und den Schiiten, die behaupten, den wahren, ursprünglichen Islam zu praktizieren, und gerade deshalb von der sunnitischen Mehrheit verfolgt werden.

Der mit der Revolution einsetzende geopolitische Wandel in Bezug auf Israel ist religiöser Natur (die Verteidigung der muslimischen Palästinenser gegen den zionistischen Kolonialismus), auch wenn religiöse, ethnische und kulturelle Unterschiede die iranischen Schiiten indoeuropäischer Herkunft von den Palästinensern trennen, die Araber und Sunniten sind. Die Verteidigung der Palästinenser ist auch Teil eines Kampfes gegen die räuberische Verwestlichung, der sich auf die historischen Erfahrungen der Iraner seit dem frühen 19. Jahrhundert stützt, vom anglo-russischen Imperialismus in Persien bis zum von der CIA angeführten Sturz von Premierminister Mossadegh (1953). Nicht alle Iraner teilen diesen Kampf, auch wenn sie alle eine Form nationaler und kultureller Souveränität beanspruchen. „Weder Palästina noch Libanon“ ist seit den 2000er Jahren ein gängiger Slogan für diejenigen, die den Iran in den Mittelpunkt ihrer Anliegen stellen wollen.

Man muss sich jedoch sowohl vor Vorurteilen als auch vor einer allzu naiven Interpretation hüten. Die Tatsache, dass die iranische Regierung den israelisch-palästinensischen Konflikt möglicherweise für

innenpolitische oder internationale diplomatische Zwecke instrumentalisiert hat, sollte nicht die aufrichtige Empathie für die palästinensische Sache und die Überzeugungen ihrer Anhänger verschleiern, die allzu leicht als bloße Ideologie oder politisches Manöver abgetan werden. Als innerhalb des Islam oft bedrohte Minderheit empfinden die Schiiten echtes Mitgefühl für Völker, die von einer übermächtigen Kraft unterdrückt werden. Andererseits ist es zwar verständlich, dass viele Iraner die Spannungen mit Israel auf die Entscheidung für eine militante Verteidigung der Palästinenser auf Kosten diplomatischen Realismus zurückführen, doch ist es ebenso nachvollziehbar, dass die Dämonisierung des antiimperialistischen Iran Teil eines Medienkriegs und propagandistischen Opportunismus ist. Der Iran ist nicht das erste Land, das sich gegen den Kolonialismus stellt, doch die iranische Unterstützung für die Hisbollah, die 1982 nach der israelischen Invasion im Südlibanon gegründet wurde, ist ein Glücksfall für diejenigen, die den Iran durch eine auffällige, aber unehrliche Abkürzung als Förderer des internationalen Terrorismus darstellen wollen. Doch lassen Sie uns noch einmal betonen: Hinter dem diffamierenden, wirtschaftlichen oder militärischen Druck auf den Iran verbirgt sich die grundlegende Frage der Kontrolle über den Nahen Osten, die die Vereinigten Staaten nach der Islamischen Revolution von 1979 teilweise verloren haben und die sie mit dem aktuellen Krieg sicherlich noch weiter verlieren werden.

Der Iran und Israel gelten seit langem als zwei intelligente Gegner – das heißt, als zwei Länder, deren politische und militärische Führung sich gut genug kennt, um keine roten Linien zu überschreiten oder sich auf unumkehrbare militärische Abenteuer einzulassen. Die israelisch-iranischen Kriege haben nicht gezeigt, dass diese Behauptung falsch war, sondern dass Benjamin Netanjahu, der seit 1996 politisch einflussreich ist, die Politik Israels erheblich verändert hat. Die israelische Gesellschaft selbst hat sich gewandelt, insbesondere aufgrund politischer Umbrüche, der Auswanderung von Israelis, die nicht mehr in Israel leben konnten, und der Einwanderung von Juden mit radikaleren zionistischen Ansichten nach Israel. Die Kriege von 2025 und 2026 entmystifizierten zudem in gewissem Maße den Mossad und offenbarten gleichzeitig eine iranische Leistungsfähigkeit, die aufgrund von Vorurteilen unterschätzt oder herabgewürdigt worden war. Obwohl der Mossad über Erfahrung bei der Durchführung außergewöhnlicher technischer Operationen verfügte, war er dennoch nicht in der Lage, die iranische Gesellschaft und die Natur der Regierungsführung im Iran zu verstehen: Diese Unkenntnis oder Blindheit ist die grundlegende Ursache für seine Misserfolge, die von Versuchen, die iranische Bevölkerung zum Aufstand gegen ihre Regierung anzustacheln, bis hin zu Kriegen reichen, die darauf abzielten, das „iranische Regime“ zu stürzen und das Land zu balkanisieren.

Was können wir nach 47 Jahren voller Spannungen und zwei Kriegen, in denen der Gazastreifen in Trümmern liegt und das Westjordanland von einer brutalen und ungerechten Siedlungsausweitung heimgesucht wird, von einer diplomatischen Lösung erwarten? Auch auf die Gefahr hin, inmitten so vieler Stimmen, die eine auf Macht basierende Eschatologie propagieren, naiv zu wirken: Die einzige dauerhafte

Lösung ist eine politische, selbst wenn sie eingebettet ist in einen neuen „Kalten Krieg“ und ein Gleichgewicht aus wirtschaftlichen und militärischen Spannungen. Im Idealfall würde dies eine Rückkehr zum Völkerrecht und zur rechtlichen Gleichheit der Staaten erfordern. Einerseits die Einschränkung des israelischen Exzeptionalismus – an der Schnittstelle einer abscheulichen Tragödie (des Holocaust), einem unerschütterlichen Überlebenswillen, einer religiösen Identität (das „auserwählte Volk“) und einer Entscheidung für ein geostrategisches Bündnis (Israel, der einzige westliche Staat im Nahen Osten) – und die es ihm ermöglicht, unter dem Schweigen oder sogar dem Segen seiner Verbündeten alle Rechte zu verletzen – seien es die des Kriegsrechts, des humanitären Rechts oder der UN-Resolutionen. Andererseits die Anerkennung des Iran – eines seit Jahrzehnten mit Sanktionen belegten Landes – als voll souveränen Staat, weder als Paria noch als „Schurkenstaat“, und seine Wiedereingliederung in einen gleichberechtigten und rechtlich fundierten diplomatischen Dialog.

Die Gründung eines palästinensischen Staates, auch wenn sie unsicherer denn je ist, scheint eine der wenigen Lösungen für einen gordischen Knoten zu sein, der zahlreiche Probleme und oft unvereinbare Faktoren umfasst. Donald Trumps Initiativen für den Gazastreifen, die einem kolonialen Problem eine neokoloniale Lösung aufzwingen, haben keinerlei Relevanz – weder historisch, rechtlich noch politisch. Während Israel nicht verschwinden wird, wie es sich einige iranische Führer wünschen, wird der Iran nicht in Schutt und Asche gelegt oder gar erheblich geschwächt werden, wie israelische Führer hoffen. In gewisser Weise ist die Zukunft Israels, das von einigen seiner Führer zu einem ewigen Krieg verdammt wurde, besorgniserregender als die des Iran, eines jahrtausendealten Landes, das sich von jeder Invasion erholt hat. Noch besorgniserregender ist der Anstieg des Antisemitismus, angeheizt durch die in Gaza begangenen Völkermordverbrechen, die Enthüllungen im Fall Epstein, Israels Einfluss auf Präsident Trump (über dessen Schwiegersohn und Tochter) oder die empörende pro-israelische Voreingenommenheit der Medien – und gegen den Zensur oder gerichtliche Verurteilungen weit weniger wirksam sein werden als internationale Gerechtigkeit und diplomatische Fairness. Die Zukunft ist unvorhersehbar, aber man kann zumindest davon ausgehen, dass alle derzeit für Gaza in Betracht gezogenen Szenarien – israelische Besatzung, internationale Treuhandschaft, ein stufenweiser Friedensplan usw. – durch die Gleichung, die das Kriegsende aufwirft, in Frage gestellt, wenn nicht gar durcheinandergebracht werden.

Schlussfolgerungen – Was werden die Medien noch über den Iran sagen?

Nach der US-Invasion im Irak 2003 gerieten die Medien in eine schwere Glaubwürdigkeitskrise, insbesondere in den Vereinigten Staaten, aufgrund ihrer überwiegend kriegsbefürwortenden Berichterstattung, die eher an Propaganda als an Journalismus grenzte. Wird dies auch nach diesem

Krieg der Fall sein, da die meisten Medien – auf unterschiedliche Weise – die israelisch-amerikanische Kriegstreiberei unterstützt, es versäumt haben, grundlegendes kritisches Urteilsvermögen walten zu lassen, und eine voreingenommene und irreführende Sicht auf die Lage aufrechterhalten haben? Wir können auf ein gewisses Maß an Selbstreflexion hoffen, ohne uns Illusionen über das Mediensystem und seine Akteure zu machen. Dennoch bleibt der Iran für die Medienwissenschaft die bemerkenswerteste „Fallstudie“, die es gibt. Es gibt in der Zeitgeschichte kein anderes Beispiel für ein Land, das Gegenstand von Medienkampagnen der Desinformation und Manipulation war, die so langanhaltend und beständig, so einflussreich auf das kollektive Bewusstsein und so verheerend in ihren Folgen waren.

Seit der Islamischen Revolution ist der Iran einer überwiegend negativen Berichterstattung in den Medien ausgesetzt, mit nur wenigen Lichtblicken: Dazu zählten die erste Amtszeit des reformorientierten Präsidenten Khatami von 1997 bis 2001, bevor Präsident George W. Bush den Iran als Teil einer „Achse des Bösen“ bezeichnete (2002), sowie die zwei Jahre nach dem iranischen Atomabkommen von 2015 (JCPOA). Diese Taktiken haben den Iran auf eine vereinfachende Erzählung beschränkt; man kann die Variationen und wiederkehrenden Themen über die Jahrzehnte hinweg untersuchen:

- Zu behaupten, der Iran sei komplex, ihn jedoch auf die engstirnigsten Analysen, die simplistischsten Rahmenkonzepte und die veraltetesten Informationen zu reduzieren.
- Den Iran auf bestimmte Begriffe – „Regime“, „Theokratie“, „Islamismus“ oder „Diktatur“ – zu beschränken, um jeden Versuch einer detaillierten Erklärung zu unterbinden, die Debatte zu sentimentalisieren, jegliche Nuancen zu untergraben und die Verwechslung zwischen dem terroristischen Islamismus des Islamischen Staates (Daesh) oder Al-Qaida und der Islamischen Republik aufrechtzuerhalten.
- Überall „Mullahs“ zu sehen, selbst dort, wo sie nicht vorhanden sind, und selbst wenn die verfolgte Politik oder die betrachteten Realitäten nichts mit Religion zu tun haben.
- Den iranischen Staat niemals als normalen Staat zu betrachten, sondern seine Handlungen stets zu ideologisieren: Populismus zu sehen, wenn er Straßen baut, oder selbst seine säkularsten diplomatischen Bemühungen als islamistisch zu bezeichnen.
- Den Iran mit dem Irak oder Afghanistan zu verwechseln, ganz nach einem altbewährten orientalistischen Prinzip: Im Osten ist alles gleich.
- Die „Mafia“ und die „Schwarzmärkte“ der Revolutionsgarden anzuprangern, dabei jedoch zu vergessen, dass das Embargo den Iran illegal daran hindert, Waren und Dienstleistungen legal zu beschaffen.
- Nur Frauen zu interviewen, die ihren Hidschab ablegen wollen, und dabei die Mehrheit der Frauen im Iran zu ignorieren, die aus verschiedenen Gründen (religiösen, kulturellen,

traditionellen, nationalistischen usw.) den Hidschab lieben und tragen möchten – ein traditionelles Kleidungsstück mit einer tausendjährigen Geschichte im Orient.

- Das doppelte Spiel der iranischen Verhandlungsführer anzuprangern, ohne zu verstehen (oder verstehen zu wollen), dass der Kontext und die Verhandlungsregeln selbst – sei es in Atomfragen oder in Friedensverhandlungen – voreingenommen sind.
- Die iranische Diaspora zum Iran zu befragen, ohne zu fragen, was die Iraner im Iran sowohl über ihr Land als auch über diese Diaspora denken.
- Den Iran als einen von Natur aus aggressiven Staat darzustellen, obwohl der Iran (Persien) seit Nader Schahs Plünderung Delhis im Jahr 1739 keinen seiner Nachbarn angegriffen hat: Die russisch-iranischen Kriege (1804–13 und 1826–28) waren auf den Expansionismus des Zarenreichs zurückzuführen, und im 20. Jahrhundert war es Saddam Hussein (möglicherweise unter dem Einfluss der Vereinigten Staaten und anderer Länder), der den Iran im Herbst 1980 angriff.
- Sie heben Ereignisse von Ende Dezember 2025 bis Anfang Januar 2026 hervor, bei denen die „iranische Regierung auf ihr eigenes Volk schießt“, und vermeiden Sie dabei sorgfältig jede Erwähnung des durch den Mossad und die CIA provozierten Aufstandsklimas.

In der aktuellen Berichterstattung über den Konflikt werden diese Stereotypen durch eine fantastische Verfälschung der Realität, die von amerikanisch-israelischen utopischen Idealen genährt wird, noch weiter verstärkt. Hier und da stößt man auf alte Vorurteile. Das Ziel besteht darin, zu berichten, dass die Vereinigten Staaten iranische Einrichtungen bombardiert haben, aber zu betonen, dass die Iraner behaupten, israelische oder amerikanische Ziele bombardiert zu haben: Westliche Aussagen werden für bare Münze genommen, während jene der Iraner stets in Anführungszeichen gesetzt werden, denn offensichtlich können Westler nicht lügen, während Ostler unfähig sind, die Wahrheit zu sagen. Durch eine völlige Verzerrung der Ereignisse wird der Iran als der ewige Aggressor dargestellt, selbst wenn er angegriffen wird, selbst wenn er sich verteidigt. Wenn es um Iraner in der Diaspora oder Flüchtlinge in der Türkei geht, sollen nur ihre kriegesischen Äußerungen berichtet werden – jene, die behaupten, Krieg sei „der einzige Weg, das Regime zu ändern“, und man müsse ihn bis zum Ende durchziehen, um „die Sache zu Ende zu bringen“. Bei der Diskussion über US-amerikanisch-israelische Bombardements liegt der Fokus auf technischen, logistischen oder statistischen Aspekten, um die Tausenden von zivilen Infrastrukturen, die im Iran zerstört wurden, nicht erwähnen zu müssen und die moralischen Implikationen dieser Angriffe zu umgehen – mit anderen Worten: die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (wie die gezielte Bombardierung der Schule in Minab).

Bestimmte Narrative kommen einer klassischen militärischen Zensur gleich: Es wird über die Zerstörungen im Iran und vielleicht in den Golfstaaten berichtet, aber fast nie in Israel – es sei denn, um diese herunterzuspielen oder den Auslöser des Konflikts (Israel) als Opfer darzustellen; die Tausenden von Angriffen auf den Iran werden erwähnt, ohne jemals deren Wirksamkeit oder Erfolg in Frage zu stellen; israelische Opfer werden hervorgehoben, während iranische Todesopfer anonymisiert werden. In Fernsehsendungen oder Zeitungen werden nur „Experten“ oder „Spezialisten“ interviewt, deren Paradigma das „iranische Regime“ ist, deren Narrativ der „Regimewechsel“ ist und deren Ziel die „Befreiung des iranischen Volkes“ ist. Es wird dafür gesorgt, dass eine differenziertere Analyse eines Mitwirkenden in der Minderheit bleibt, von anderen Spezialisten abgelehnt, auf eine bloße „Aussage“ reduziert oder subtil abgetan wird, weil sie kein Verständnis für die Erfahrungen einer iranischen Frau zeigt, die die religiöse Unterdrückung durch die Mullahs anprangert. Wenn es darum geht, das zu diskutieren, was man unter dem Iran versteht, geht nichts über die – seit Jahrzehnten unveränderten – Äußerungen einer oppositionellen Diaspora, die jedoch nur eine Stimme unter Millionen ist, sich bewusst vom Iran und den Iranern im Iran abgekoppelt hat und oft nur sich selbst vertritt.

Relevante kritische Analysen findet man daher in alternativen Medien wie „The Grayzone“ in den Vereinigten Staaten oder in Podcasts wie „Danny Haiphong“, „Deep Dive“, „Dialogue Works“, „Glenn Diesen“, „Judging Freedom“ oder „Neutrality Studies“. Zudem sind es diese Medien, in denen wir seit letztem Herbst die Ankündigung und die fast schon „Vorhersage“ dessen gehört haben, was sich gerade vor unseren Augen abspielt: der Ausbruch eines totalen Krieges, eine regionale Feuersbrunst, eine rasante Eskalation, die außer Kontrolle gerät, und das Fehlen einer Ausstiegsstrategie – oder überhaupt irgendeiner Strategie – innerhalb der US-Regierung. Dies zeigt a contrario, dass die von den Mainstream-Medien verbreitete Darstellung weitgehend – und manchmal ausschließlich – Teil eines Informationskrieges ist, der auf Unwissenheit, einer Flut von Vorurteilen und der ideologischen Konstruktion eines zu besiegenden Feindes (Iran) beruht. Für diejenigen – Wissenschaftler, Denker, Zeitzeugen –, die sich einem multilateralen Verständnis der Ereignisse verschrieben haben, ist das Klima zweifellos düster. Geschichtsschreibung ist zu einem gefährlichen Sport geworden: Der Versuch analytischer „Neutralität“ setzt einen der Feindseligkeit aller Seiten aus, während das Bestreben, die Debatte wieder ins Gleichgewicht zu bringen, einen unter direkten Beschuss der Befürworter von Krieg und „Regimewechsel“ bringt. Versucht man, den Russland-Ukraine-Konflikt langfristig zu beleuchten (von Kiew, der Hauptstadt der Rus, bis zu den Minsker Vereinbarungen von 2014), wird man als russischer Agent gebrandmarkt. Weisen Sie darauf hin, dass der israelisch-palästinensische Konflikt bis in die Jahre 1947–48 (oder sogar noch viel früher) zurückreicht, und man wird Sie als Antisemiten bezeichnen oder Ihnen vorwerfen, Antisemitismus zu schüren. Setzen Sie sich für eine multidimensionale Sichtweise auf den Iran ein, und man wird Ihnen vorwerfen, das „iranische Regime zu verteidigen“.

Der aktuelle Krieg hat sich in jeder Hinsicht als totaler Krieg erwiesen: Er ist ein regionaler Konflikt mit globalen wirtschaftlichen Folgen, aber auch ein Konflikt um Wissen, Weltanschauungen und den Austausch von Informationen. Für einen Historiker ist es verlockend, Ereignisse und politische Entscheidungen zu rationalisieren, doch es ist offensichtlich, dass Donald Trumps Auslösung dieses Krieges auf einer Mischung aus Lügen, Manipulation, Impulsivität und Dummheit beruhte. Der Historiker Christopher Clark sprach von „Schlafwandeln“, um die komplexe Kette von Ursachen zu beschreiben, die zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs führten. Wir könnten denselben Ausdruck übernehmen und ihn um die fast halluzinatorische Kluft zwischen (medialem und politischem) Diskurs und Realität sowie um die Praxis staatlich geförderter Lügen (in den Vereinigten Staaten) in beispiellosem Ausmaß ergänzen. In dieser Hinsicht ist dieser Krieg ein Meilenstein in der Transformation der internationalen Ordnung und unseres Verständnisses davon.